

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 25 / 43. Jg.

20. Juni 1930

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich freitags. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktionsschluß: Montag, Ferruf: 8 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - **Zuschriften an die Expedition erbeten.** Postverlagort Schkeuditz.

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Sie lügen wie die Teufel

Das Zeitproblem ist die riesige Arbeitslosigkeit. Sie ist nicht beschränkt auf ein Land, sondern trifft fast alle Industrieländer gleichmäßig. Auch Rußland, der angebliche Arbeiterstaat, hat seine Großarbeitslosigkeit genau so wie England, Amerika und Deutschland. Daß Massenarbeitslosigkeit nicht nur den davon Betroffenen Elend und große Not bringt, sondern politisch und wirtschaftlich große Gefahrenherde in sich birgt, liegt auf der Hand. Es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß sich alle ernstesten Politiker und Wirtschaftler mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und ihren Ursachen beschäftigen und nach Wegen suchen, aus diesem Irrgarten herauszukommen. Auch die freien Gewerkschaften haben wiederholt zum Arbeitslosenproblem Stellung genommen und ihre Vorschläge der Öffentlichkeit unterbreitet. Das geschah zuletzt in der großen Kundgebung am 30. Mai im Reichswirtschaftsrat, die einen Preisabbau und eine vernünftige Konjunkturpolitik forderte und jeden Abbau der Löhne und der Sozialgesetzgebung ablehnte.

Die Stimme der deutschen Arbeiterbewegung verhallt heute nicht mehr so ungehört, wie das noch vor dem Kriege der Fall war. Damals war es doch noch so, daß ein Gewerkschaftsvertreter, der wegen einer Differenz im Betriebe verhandeln oder die Wünsche der Belegschaft der Geschäftsleitung vortragen wollte, oft wegen angeblicher Nötigung ins Kittchen flog. Die Arbeiter haben damals in großen Massenversammlungen in berechtigter sittlicher Empörung gegen diese Klassenjustiz Front gemacht und mit gutem Recht gefordert, daß die Beauftragten der Arbeiterklasse unbehelligt die Wünsche ihrer Auftraggeber vortragen können und als Verhandlungspartner gleichberechtigt anzuerkennen sind. Der Kampf um die Anerkennung der Gewerkschaftsvertreter war nicht ganz leicht und hat Opfer über Opfer gekostet. Erinnert sei nur daran, daß mancher Streik dadurch wesentlich verschärft wurde, weil die Unternehmer die Gewerkschaftsführer als Unterhändler ablehnten und nur mit „ihren Leuten“ verhandeln wollten.

Obwohl auch heute noch hin und wieder solche Unternehmeranfälle zur Betriebsdiktatur zu verzeichnen sind, gelten allgemein die Gewerkschaften heute als die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse. Dazu hat nicht unwesentlich die Ausbreitung der Tarifverträge beigetragen. Aber die Grundlage der Anerkennung der Gewerkschaften ist die Vereinbarung vom 15. November 1918, getroffen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften, deren erster Satz lautet: „Die Gewerkschaften werden als berufene Vertreter der Arbeiterklasse anerkannt“. Diese Anerkennung kommt auch in verschiedenen sozialen Gesetzen zum Ausdruck. Aber elementar und für den Tageskampf von Bedeutung ist die Tatsache, daß heute die Vertreter der Gewerkschaften

schlechthin als die Vertreter der Arbeiter angesehen werden. Können die Kollegen sich den Stunk vorstellen, der entstehen würde, wenn ein Unternehmer ablehnen würde, den zuständigen Gauleiter anzuhören, wenn er im Auftrage der Belegschaft etwas vorzutragen hat? Was wir für uns als Arbeiter und Gewerkschafter mit Recht fordern, muß natürlich dem Unternehmer billig sein. Deshalb gilt auch im Verband, ganz gleich ob es ein Einzelunternehmer ist oder ob es eine Unternehmervereinigung angeht, daß Einladungen zu Verhandlungen angenommen werden. Wir verlangen von unseren Unternehmern, jederzeit gehört zu werden, stehen selbstverständlich auch den Unternehmern zu Aussprachen zur Verfügung.

Daß die schwere wirtschaftliche Lage gut dazu angetan ist, in gemeinsamer Aussprache zwischen Gewerkschaften und Unternehmern einen Ausweg zu suchen, ist einleuchtend. Eine Gruppe von Unternehmern hat die Gewerkschaften auch zu einer solchen Aussprache eingeladen, die natürlich angenommen wurde. Wohlgeachtet: Die Unternehmer haben eingeladen! In der Aussprache ging es nach einer Mitteilung des ADGB, darum, angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und der überaus schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt in gemeinsamen Besprechungen einen Weg zu suchen, der einerseits die ausreichende Versorgung der Arbeitslosen eindeutig sicherstellte, andererseits durch Überwindung der Vertrauenskrise zu einer Ankurbelung der Wirtschaft führen könne. Die Vertreter der Unternehmer bekannten sich zu dem Gedanken, daß der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden müsse und zwar dachten sie daran, daß die Angestellten der Wirtschaft, und zwar auch die leitenden Angestellten bis hin zu den Generaldirektoren, für das laufende Etatsjahr von ihrem nicht versicherungspflichtigen Arbeits-einkommen einen Beitrag bis zur Höhe von $4\frac{1}{2}$ Proz. zahlen sollten. Die Gewerkschaften vertraten demgegenüber die Auffassung, daß dieser Hilfsbeitrag sich nicht nur auf die Angestellten der Wirtschaft beschränken dürfe, daß vielmehr alle von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten Berufskreise diesen Beitrag leisten sollten. Sie waren der Meinung, daß dieses allgemeine Notopfer der von der Arbeitslosigkeit nicht betroffenen und in gesicherter Existenz befindlichen Schichten einen ersten und wirksamen Schritt zur Sanierung der Reichsfinanzen bedeuten würde. Die Sanierung der Reichsfinanzen erschien ihnen aber als eine unausweichliche Vorbedingung für die Besserung der Wirtschaftslage.

Zu der von den Unternehmern angeschnittenen Frage der Senkung des Preisniveaus vertraten die Gewerkschaften die Auffassung, daß insbesondere der viel zu hohen Preisspanne im Handel und den übersteigerten Kartellpreisen energisch entgegenzutreten werden müsse, und daß unter kei-

nen Umständen der Senkung der Gestehtungskosten eine Schwächung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung parallel gehen dürfe, daß vielmehr die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung in der Folge gehoben werden müsse, da andernfalls die wirtschaftliche Situation genau dieselbe sein würde wie vorher. Eine Untersuchung der Ursachen der Arbeitslosigkeit und eine Prüfung der Wege, die aus der jetzigen Situation hinausführen, halten auch sie für wünschenswert.

Das ist der Inhalt der bisher geführten Besprechungen. Natürlich bemühen sich die notorischen Gewerkschaftsspalter, im Auftrage Moskaus eine Aktion daraus zu machen. Sie stippen in die Tinte und verbrennen als Artikelüberschriften folgenden Unsinn: „Ungeheuerlicher Verrat der Gewerkschaftsführer“, „Neue Arbeitsgemeinschaft unter Führung von Hindenburg“, „ADGB. Hand in Hand mit Unternehmerverbänden“, „Vertrag Graßmanns mit Borsig für Lohnabbau und Unterstützungsraub“, „Vermeidung aller Wirtschaftskämpfe“, „Macht Schluß mit den Verbrechern“. Die Nazis sind natürlich mit von der Partie und können es auch so gut. Da wird bei der KPD, wohl bald die Säge wüten. Denn in der Verleumdung der freien Gewerkschaften darf sich ein richtiggehender Bolschewist ungestraft nicht über-treffen lassen.

Von einer Vereinbarung der freien Gewerkschaften mit den Unternehmern über eine Senkung der Löhne kann natürlich in aller Welt keine Rede sein. Es wäre auch ein Riesenstuß, große Kämpfe gegen diktierten Lohnabbau zu führen und ihn dann zu vereinbaren. Die Gewerkschaften verlangen Lohnerhöhung! Genau so ist es mit einer Arbeitsgemeinschaft. Die Gewerkschaften denken an keine Arbeitsgemeinschaft, auch nicht an eine „befristete“, „nur für eine Zeit der Wiederbelebung der Wirtschaft berechnete Arbeitsgemeinschaft“. „Die freien Gewerkschaften würden sich“, sagt der Vorstand des ADGB., „wenn von irgendeiner Seite dieser Gedanke ihnen nahegelegt würde, unter keinen Umständen darauf einlassen, diese längst der Vergangenheit angehörende Institution wieder zu beleben. Der Grund für diese ablehnende Haltung liegt auf der Hand. Sie haben es nicht nötig, mit diesen unzulänglichen Mitteln sich ihren Einfluß auf die Wirtschaftsgestaltung zu sichern.“

Und all diese Verleumdungen, weil die Gewerkschaften der angetragenen Aussprache nicht aus dem Wege gegangen sind. Wir halten es für richtig, daß sich die freien Gewerkschaften keiner Aussprache mit den Unternehmern entziehen, sondern verlangen, daß bei solchen Aussprachen mit allem Nachdruck die Forderungen der Arbeiter vertreten werden. Und das geschieht ja auch! Deshalb können die Kollegen die notorischen Feinde der freien Gewerkschaften toben lassen. Sie wissen ja: Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!

Wahlen in Sachsen

Neben den großen reaktionären Vorstößen der Reichsregierung, als Verwaltungsausschuß der Industriellen und Agrarier, gegen die Sozialversicherung und insbesondere gegen die Arbeitslosenversicherung, ist gegenwärtig der Wahlkampf in Sachsen von größter Bedeutung für das deutsche Proletariat. Denn auch hier wird ein Stück des Kampfes um die Arbeitslosenversicherung und damit um die Löhne ausgetragen. Wenn es dem Bürgertum, einschließlich seines gekauften Söldnertrios, den Nazis, gelingt, eine Mehrheit zu erreichen, dann schwilt der Reaktion im Reiche noch mehr der Kamm, und sie wird sich noch hemmungsloser gegen die Arbeiterklasse ausstoben.

Die Nationalsozialisten sind das verlogenste und schmutzigste Parteigebilde, das die Geschichte des Parlamentarismus kennt. Lüge ist ihr Name. National stimmt nicht mit der Preisgabe der Südtiroler an das faschistische Italien überein; wofür sie mit Ohrfeigen von Mussolini traktiert werden. Sozial hat nichts mit ihrer treuen Knechtschaft gegenüber dem Unternehmertum, nichts mit ihrem wütenden Haß gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiter, nichts mit der beabsichtigten Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen zutun. Im letzten Falle finden sie übrigens in den Kommunisten gleichgesinnte Helfer. Wer gezwungen ist, die Presse dieser beiden Richtungen zu lesen, findet denselben Wortschatz an Gemeinheiten und Schmutz gegen die Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportorganisationen usw.

In diesen Tagen wurde der Brief eines Nazi-offiziers bekannt, der an einen Unternehmer gerichtet ist. Darin meint der Schreiber, wenn der Herr „Direktor“ vor dem Eintritt in die Nazi-partei zurückschrecke, so scheint er wenig von Politik zu verstehen. Der Name der Partei und die Plakate seien noch nicht ernst zu nehmen. Man müsse doch, wie die Kommunisten — die das ausgezeichnet verstehen — eine geradezu „heroische emphatische“ Propaganda machen. Unter dem Banner national und deutschnational lassen sich keine Geschäfte mehr machen. Und er schreibt dann wörtlich:

„Also verstehen Sie nur recht — wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige eben an uns zu ziehen, sonst würden sie sich nicht bei uns zu Hause fühlen. . . Diesmal sitzt der Schlag, wie der Blitz über Nacht. Inzwischen sind auch durch diese langjährige Erwerbslosigkeit die Arbeiter so zermürbt, daß sie es als Rettung ansehen, billiger arbeiten zu können.“

Noch offener braucht diese „Arbeiterpartei“ nicht zu werden. Und fürwahr, das ist ihr Wesen, das ist ihre Aufgabe und das ist ihr Ziel.

Während im Reiche selbst die Bürgerblockregierung es für notwendig erachtet, gegen die Arbeitslosigkeit etwas zu unternehmen — wobei wir abwarten müssen, was herauskommt — und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufstellt, das Reichsbahn, Reichspost, Wohnungs- und Straßenbau umfaßt, hatte die sächsische Bürgerblockregierung unter der Führung des wirtschaftsparteilichen Finanzministers Weber, einen Etat vorgelegt, der ein Skandal für sich war. Sachsen hat im Reich die größte Arbeitslosigkeit seit über einem Jahre und nirgends ist sie so langfristig, wie hier. Die bürgerliche Regierung aber strich aus dem Etat 27 Millionen für Wohlfahrtszwecke aller Art und 30 Millionen, die der Arbeitsbeschaffung dienen sollten. Die Sozialdemokratie, die Anträge zur Arbeitsbeschaffung und zur Aufbringung der dazu notwendigen Mittel stellte, die auch in ihrem Programm zur Regierungsbildung die Arbeitsbeschaffung zum Zentralproblem machte, fand nichts wie Hohn und Ablehnung beim Bürgertum, das nur ein Ziel hatte, seine Herrschaft zur eigenen Bereicherung auszunützen.

Die sächsische Bourgeoisie hat immer zu der bösesten ihresgleichen gehört. Sachsen war von jeher das Proberland für die Reaktion. Ihre Politik hat natürlich auch einen tieferen Sinn. Und dieser ist: Die Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Verelendung sind ihr politisches und wirtschaftliches Spekulationsobjekt geworden.

Politisch: Die Verelendung stärkt die Kommunisten und die Nazis, verhindert das Starkwerden der Sozialdemokratie, die als einzige Partei die Interessen der Arbeiterklasse nicht in der Phrase, sondern in der Tat vertritt. Die Kommunisten sind nach der Presse der Schwerindustrie der willkommenen „Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie“

und die Nazis sind die gelben Hilfsgarden für das Bürgertum in allen Situationen. Sie werden gebraucht zum Streikbruch, zum Lohndruck, sie sind bereit, so lange zu arbeiten, wie es dem Herzen der Unternehmer Freude macht, und sie dienen, wenn ihnen die Zeit gekommen scheint, zur blutigen Niederwerfung des Proletariats.

Wirtschaftlich: Wer die bürgerliche Presse liest, merkt den Versuch, die Arbeitslosen gegen die in den Betrieben stehenden Arbeiter aufzuputschen, weil sie angeblich zu hohe Löhne haben, die verhindern, daß die Arbeiter wieder in die Betriebe kommen. Ausgerechnet die bürgerliche Presse, die die fürchterliche Arbeitslosigkeit dazu benützt, um einen unerhört verlogenen Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung zu führen. Ausgerechnet das Bürgertum, das durch Entzug und Schmälerung der Unterstützung der Arbeitslosen so zermürben will, daß sie zu jeder Bedingung bereit sind, in die Betriebe zurückzukehren. Das ist des Pudels Kern. Eine bürgerliche Zeitung Mitteldeutschlands hat das dieser Tage auch offen zum Ausdruck gebracht. Das Bürgertum glaubt sich bereits stark genug, um die Maske fallen lassen zu können.

Und um auch noch die Gewerkschaften zu diskreditieren, wurde ein grandioser Wahlschwindel erfunden. Trotzdem gerade das Gegenteil davon wahr ist, verbreitet die bürgerliche Presse — und natürlich auch die kommunistische; wo alles haßt, kann sie allein nicht lieben — die Behauptung, es fänden Verhandlungen zwischen Unternehmern und den Gewerkschaften statt, mit dem Ziele einer neuen Zentralarbeitsgemeinschaft und des Lohnabbaues. Die Verleumder spekulieren darauf, daß Hunderttausende von Arbeitern die Wahrheit nicht zu Gesicht bekommen werden, weil sie nicht die sozialistische Presse lesen.

Aber gemach meine Herren Bürger und Nazis. Zu oft habt ihr die Betrugsmanöver angewendet, als daß dies nicht am gesunden Sinn der Arbeiter scheitern wird. Der Arbeitslose merkt schon, wie ihr Kapital aus seiner Not zu schinden versucht, und er läßt sich von seinem Arbeitsbruder im Betrieb nicht trennen. Und der Arbeiter im Betrieb merkt schon, wie ihr eure Herrschaft tagtäglich rücksichtslos nützt zu verschärfter Ausbeutung. Eure Spekulation geht fehl! Das Proletariat Sachsens wird sich schlagen, daß euch Hören und Sehen vergeht. Es will kein Nazi-Sachsen, das Nazi-Thüringen lockt nicht zur Nachahmung. Die Arbeiterschaft Sachsens will heraus aus dem Sumpf bürgerlicher Unfähigkeit, die sechs Jahre lang das Land beherrschte. Sie wird sozialistisch wählen, weil ihr dadurch allein der politische, wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg sicher ist, auf den sie als wertschaffende Klasse Anspruch hat.

Zur schulpolitischen Lage in Thüringen

I.

Unter der Schulgesetzgebung der sozialdemokratischen Regierung Greil — Frölich in den Jahren 1921 bis 1923 hatte sich die Thüringer Berufsschule in einer für ganz Deutschland vorbildlichen Weise entwickelt.

In den sieben kleinen thüringischen Ländchen, die sich 1920 zum Lande Thüringen vereinigt hatten, bestand selbstverständlich in jedem ein eigenes gewerbliches Schulwesen mit der Aufgabe, „den besonderen Stammeseigentümlichkeiten der Bewohner mit ihren wirtschaftlichen und kulturellen Sonderbelangen“ gerecht zu werden. In Wirklichkeit geht natürlich das gewerbliche Schulwesen dieser Zwergstaaten wie ein Ei dem anderen, und kritisch betrachtet, taugten sie alle zusammen herzlich wenig. Was war selbstverständlich, als daß die Regierung der organisierten Arbeiterschaft diese verstaubten Einrichtungen in die Ecke stellte, und ein Berufsschulwesen aufbaute, das den Bedürfnissen moderner Wirtschaft und ihrer Arbeitnehmerschaft entsprach. Schwer war dieser Aufbau, denn er mußte sich durchsetzen gegen alle Dunkelmänner. Zu diesen gehörten vornehmlich die Innungen, die Handwerkskammern, also das, was heute Wirtschaftspartei heißt, ferner der Landbund mit seinem Anhang und nicht zuletzt — es ist so typisch thüringisch — der Thüringer Lehrerverein. Daß Wirtschaftspartei und Landbund nicht kulturwillig sind, weiß man auch außerhalb Thüringens, aber daß ein Lehrerverein den gleichen Standpunkt einnimmt, gehört ganz gewiß zu den thüringischen Besonderheiten, die nur erklärlich sind, wenn man die soziale Zusammensetzung des thüringischen Lehrerstandes und den Geist der ehemaligen thüringischen Seminare kennt. Aber die gute Sache behauptete sich doch. Die Thüringer Berufsschule stand und der Widerstand schien gebrochen. Da brachte der Reichwehreinmarsch 1923 den Sturz der Linksregierung und die folgenden Wahlen den

Sieg aller bürgerlichen Parteien, die sich unter General Hasses Führung im Ordnungsbund zusammengefounden hatten.

Die Regierung des Volksparteilers Leuthenauer wagte nicht, die Fundamente der Greilschen Schulgesetzgebung zu ändern. Wohl wurde hier und da ein Stein herausgehoben (die Heranbildung begabter Berufsschüler zur Universitätsreife verschwand zuerst), aber im großen und ganzen mußte man das Greilsche Werk stehen lassen. Mit dieser immerhin anständigen Haltung der Regierung Leuthenauer und Paulßen ist gründlich gebrochen worden, seit die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei mit der Wirtschaftspartei und dem Landbund das Regierungsruder in der Hand hat. Mit einer Rücksichtslosigkeit, die nicht vergessen werden darf, nutzt die Landtagsrechtschönungsslos ihre Drei-Stimmenmehrheit in ihren Klasseninteresse aus. Alles, was sich nicht diesem Gesichtspunkte einordnen läßt, wird abgebaut.

Zur Durchführung ihrer Maßnahmen hat sich die gegenwärtige Thüringer Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Landtage geben lassen, mit dem sie die gesamte Verwaltung und das gesamte Schulwesen des Landes in ihrem Klasseninteresse umorganisiert. Das bedeutet Sozial- und Kulturreaktion auf der ganzen Linie.

Es kann nicht die Aufgabe dieses Artikels sein, diese Maßnahmen bis ins einzelne für das Gesamtgebiet der Thüringer Politik nachzuweisen. An einigen ganz typischen Beispielen, auf dem Gebiete der Schule sei es aber gezeigt.

Die Bildungswilligkeit einer jeden Regierung erkennt man am besten an der Höhe der Ausgaben für Volks- und Berufsschulen, an der Klassenschülerzahl und an der Höhe der Pflichtstunden für die Lehrer dieser Schulen. Wie sieht es da in Thüringen aus?

Unter der Regierung des Sozialdemokraten Greil betrug die Schülerzahl der Volksschulklassen im Durchschnitt 40, die Pflichtstunden der Lehrer 28 wöchentlich. Für Berufsschulen war die Klassenschülerzahl 24, die Pflichtstundenzahl 26. Ganz allgemein bestand für Knaben und Mädchen die dreijährige Berufsschulpflicht mit acht Stunden wöchentlich, die an einem Arbeitstage zu geben waren. Fachklassen konnten schon bei einer Mindestzahl von 12 Schülern gebildet werden. Verstärkter Unterricht über 8 Stunden hinaus konnte bei vorhandenem Interesse ohne weiteres erteilt werden. Für besonders bildungswillige Lehrlinge bestand die Berufsmittelschule mit nochmals 8 Stunden Unterricht, der in den Abendstunden lag und nach dreijährigem Besuch und bestandener Abschlussprüfung die mittlere Reife ergab. Der gesamte Unterricht war unentgeltlich. Die Verbindung zwischen Schule, Elternhaus und Wirtschaft wurde hergestellt durch Fachausschüsse und dem Berufsschulbeirat. Die Ausschüsse und der Beirat setzten sich aus Vertretern der Eltern, der Gewerkschaften und der Lehrherren zusammen. Eltern und Gewerkschaftsvertreter hatten die Mehrheit.

Beseitigt wurden unter der Regierung Leuthenauer und Paulßen vor allem der Berufsschulbeirat, an seine Stelle traten Fachausschüsse mit beratendem Charakter, in denen die Innungen dominierten. Die Berufsschule auf dem Lande mußte der Fortbildungsschule Platz machen; das Mädchenberufsschulwesen wurde erheblich abgebaut. In den Klassen der ungelerten Burschen wurde der Unterricht von 8 auf 5 Stunden herabgesetzt. Die Wochenstunden der Lehrer auf 28 erhöht; die kollegiale Schulleitung blieb, wenn auch stark unterhöht, bestehen. Der Zusatzunterricht über acht Stunden hinaus mußte von den Interessierten selbst bezahlt werden.

Man wagte sich im ganzen nicht so recht heran und außerdem hatte die Berufsschule zu nachhaltig ihre Notwendigkeit für die Wirtschaft und den einzelnen und für die Gesamtheit erwiesen. Ferner nahmen bürgerliche liberale Parteien, wie Demokraten, nicht gern den Vorwurf der Schul- und Kulturfeindlichkeit auf sich, obwohl der Abbau aus Innungs- und Landbündnissen schon damals gefordert wurde. Also stand die Thüringer Berufsschule immer noch!

Jetzt kam nach den Dezemberwahlen von 1924 die „nationale“ Regierung Frick-Baum. Zum ganz besonderen Fachminister für Volksbildung hatte man sich die rechte Hand Hitlers, Herrn Dr. Frick aus München, geholt. Ein Mann, der nach dem Urteil der Kenner intellektuell unter dem Durchschnitt der höheren Beamten steht und der es, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, mit 42 Jahren glücklich zum Regierungsassessor gebracht hat. Ganz abgesehen davon, daß die Berufung dieses Mannes ein politischer Skandal ersten Ranges ist, wußte dieser Leiter des thüringischen Volkswesen nicht, ob man in Thüringen eigentlich die sieben- oder die achtklassige Volksschule hat. Diese völlige Ahnungslosigkeit auf seinem Fachgebiet ist charakteristisch. In einem ist sich dieser nationale Regierungsbloß — von den Nazis bis zur Volkspartei — allerdings ganz klar und einig, nämlich in dem Bestreben, die Bildungshöhe der breiten Masse so tief wie nur möglich herabzudrücken. Ganz brutal und instinktsicher werden hier Klasseninteressen wahrgenommen.

RECHT UND GESETZ

Die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe, eine Pflicht der Betriebsvertretung

I.

Das Leben und die Gesundheit des Arbeiters berührt viele Kapitalisten nicht oder nicht besonders stark. Man sieht im Arbeiter nur die Arbeitskraft und nicht den Menschen. Viele Unternehmer fragen auch wenig danach, ob die Art und Beschaffenheit der Arbeit, des Arbeitsraumes usw. für das Leben und die Gesundheit des Arbeiters erträglich ist. (Wohl ist eine allmähliche Veränderung dieses Verhaltens zu bemerken, doch ändert dies an dem Gesamteindruck noch sehr wenig.) Scheidet eine Arbeitskraft wegen einer sich zugezogenen Krankheit oder eines erlittenen Unfalles aus dem Produktionsprozeß des Betriebes aus, so kann der Unternehmer dies leicht ertragen. Es tritt eben eine andere Arbeitskraft an die Stelle der alten. Für die Hygiene und Betriebssicherheit sorgen viele Unternehmer nur so weit, wie sie durch Gesetzesvorschriften (Gewerbeordnung, Unfallverhütungsvorschriften usw.) dazu verpflichtet sind.

Die Gesundheit muß aber dem Arbeiter über alles gehen. Ist doch die Gesundheit für den Arbeiter der Grundstock zu seiner Arbeitsfähigkeit und damit zu seiner Verdienstmöglichkeit. Nur dann, wenn der Arbeiter durch seine gesundheitliche Situation dazu in der Lage ist, kann er für seinen eigenen Unterhalt und den seiner Angehörigen sorgen. Schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb heraus muß der Arbeiter geradezu mit pedantischer Genauigkeit danach trachten, daß die gesetzlichen Gesundheits- und Unfallvorschriften vom Unternehmer innegehalten werden, und er muß sich selbst dieser betreffenden Einrichtungen bedienen. Der Arbeiter muß ferner lernen, daß es für ihn, im großen gesehen, nicht so sehr auf die Welt, in der er nach vollendeter Arbeitszeit lebt, ankommt, sondern auf die Welt in seinem Betrieb, in dem er seinen Tag arbeitet, denn in dieser Welt kann er, je nach seiner Intensität, die verschiedenartigsten Vorteile für sich heraushehlen, die dann von unmittelbarer schöpferischer Wirkung auf ihn werden können. Mit anderen Worten: Der Arbeiter muß lernen, mehr als bisher seine ihm zustehenden Rechte im Betrieb wahrzunehmen.

Leider ist noch zu beobachten, daß die Arbeiter den Verhältnissen in ihren Betrieben ein kaum merkliches Interesse entgegenbringen. Man richtet eben seine Arbeit; alles andere läßt man guten Dingen sein. Nur aus diesem Verhältnis ist es zu erklären, daß es um die Betriebshygiene und -sicherheit noch sehr schlecht bestellt ist. Der Unternehmer hat kein Interesse an einer ausgebauten Betriebshygiene usw., er sieht in ihr, für sich, keinen Nutzen; aber der Arbeiter sollte es haben. Ja, wenn die verfluchte Bequemlichkeit und der Mangel an einzelpersonlicher Initiative nicht wären!

II.

Um so mehr Aufgaben hat nun die Betriebsvertretung. Der Betriebsrat, also der Belegschaftsführer, der so etwas wie über die eigene Nasenspitze hinaus zu sehen gelernt hat, hat nicht allein darauf zu achten, die Interessen seiner Kollegen in arbeitsrechtlicher Hinsicht wahrzunehmen, sondern darüber hinaus auch auf den gesundheitlichen Schutz seiner Belegschaft, seiner Arbeitskameraden, zu achten. Dieses Achten auf den gesundheitlichen Schutz seiner Belegschaft ist für ihn sogar Pflicht. Im Betriebsrätegesetz, Abschnitt 3, in dem die Aufgaben und Befugnisse der Betriebsvertretungen paragrafiert sind, heißt es in § 66 Ziffer 8:

„Der Betriebsrat hat die Aufgabe, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbehörden und sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.“

Dieselbe Aufgabe hat nach § 78 Ziffer 6 BRG. der Arbeiterrat und der Angestelltenrat sowie nach § 92 BRG. der Betriebsobmann in den sogenannten Kleinbetrieben zu erfüllen.

Die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren ist eine wichtige Aufgabe für die Betriebsvertretungen. Die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Paragraphen 120 und 120b der Gewerbeordnung, sind dabei zu beachten. Nach diesen Vorschriften hat der Unternehmer die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit

so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betrieb entstehenden Staubes und der dabei sich entwickelnden Dünste und Gase Sorge zu tragen. Dann sind weiter die Arbeiter gegen die Gefahren, die aus Fabrikbränden entstehen können, zu schützen und die Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutze gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen usw. erforderlich sind. Der Unternehmer hat weiter für die Einrichtungen von Wasch- und Ankleideräumen im Betriebe zu sorgen.

In den mittleren und größeren Betrieben empfiehlt es sich, eine besondere Kommission des Betriebsrates mit diesen Aufgaben im Sinne des § 66 Ziffer 8 und § 78 Ziffer 6 BRG. zu beauftragen. Mit den Gewerbeaufsichtsbeamten muß der Betriebsrat bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren Hand in Hand arbeiten. Das ist insofern eher möglich, weil die Gewerbeaufsichtsbeamten die Anweisung erhalten haben, bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren ein enges Zusammenarbeiten mit den Betriebsvertretungen herbeizuführen. Die Mitglieder der Betriebsvertretungen oder die besonderen Kommissionen in den größeren Betrieben haben sich dann eingehend mit den gesetzlichen Vorschriften vertraut zu machen, damit alles, was mit den gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen zusammenhängt, beachtet wird. Als solche Arbeiterschutzbestimmungen kommen die Gewerbeordnung, Unfallverhütungsvorschriften, Reichsversicherungsordnung, Polizeiverordnungen in Frage. Nur wenn man über die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen unterrichtet ist, kann man Verstöße gegen diese Bestimmungen wirksam begegnen.

Der Betriebsrat hat weiter darauf zu achten, daß die Unfallverhütungsvorschriften ordnungsgemäß bekanntgemacht sind und daß sie vom Unternehmer wie vom Arbeitnehmer auch wirklich beachtet werden. Verstöße gegen die nicht ordnungsgemäße Bekanntmachung der Unfallverhütungsvorschriften sowie gegen die Unfallverhütungsvorschriften selbst müssen sofort abgestellt werden. Bei Verstößen, die von Seiten des Arbeitgebers erfolgen, soll zuerst durch persönliches Verhandeln mit dem Unternehmer versucht werden, daß dieser für Abhilfe sorgt. Ist eine gütliche Einigung mit dem Unternehmer nicht möglich, dann müssen die Verstöße den Aufsichtsbeamten der zuständigen Berufsgenossenschaft gemeldet werden, die für die richtige Durchführung der Vorschriften Sorge tragen.

Bei Betriebsrevisionen der Gewerbeaufsichtsbeamten ist diesen größtmögliche Unterstützung zu gewähren. Der Betriebsrat hat die Gewerbeaufsichtsbeamten auf alle die Momente im Betrieb hinzuweisen und aufmerksam zu machen, die eine Gefahr für die Gesundheit und Sicherheit des Arbeiters bedeuten.

Der Betriebsrat hat nebst den anderen Körperschaften auch für die Aufklärung seiner Kollegschaft zu sorgen, also dafür zu sorgen, daß die Arbeitnehmerschaft über die Betriebsgefahren und ihre Folgen genügend Bescheid weiß. Diese Aufklärung muß mit allen Mitteln betrieben werden. Als solche Mittel sind z. B. anzusehen: Vorträge, Merkschriften und -zettel und vor allem das Bild. Die vom Reichsversicherungsamt und vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Bildplakate, die besonders anschaulich auf die Notwendigkeit der Anwendung der Schutzvorrichtungen usw. hinweisen, dürfen in keinem Betrieb fehlen. Sie müssen in genügender Zahl in den Arbeitssälen an solchen für das Auge sofort sichtbaren Stellen zum Aushang gebracht werden.

Weiter ist vom Betriebsrat immer darauf zu achten, daß Verbandskästen (für größere Betriebe Unfallstationen) vorhanden, d. h. in gebrauchsfähigem Zustande vorhanden sind.

Auch auf das Vorhandensein von einwandfreiem Werkzeug ist zu achten.

Das wären im wesentlichen die Aufgaben des Betriebsrates bei Ausfüllung seines Amtes in der Bekämpfung der Betriebsgefahren. Aber noch viele kleine und andere Aufgaben sind gegeben. Nun, ein Betriebsrat, der es mit seiner Funktion ernst meint und überall nach dem Rechten sieht, dem werden sie in genügender Zahl begegnen. Und Arbeit und Kampf werden für ihn in Hülle und Fülle vorhanden sein.

Mit den vorstehenden Ausführungen soll nicht gesagt sein, daß die Betriebsräte bisher in der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren nichts unternommen haben; es soll damit nur ausgedrückt werden, daß mehr noch als bisher die Betriebsräte ihre Aufgabe auch darin erblicken müssen, alles zu tun, um die Gesundheit ihrer Arbeitskollegen in den Betrieben vor Gefahren zu schützen. Und dies ist schließlich nicht nur Betriebsratspflicht, sondern auch Menschenpflicht. P.

Vom Urlaubsrecht

Die gegenwärtige Urlaubszeit bringt gelegentlich auch Streitfragen über den rechtlichen Anspruch auf Urlaub. Ein allgemeiner gesetzlicher Urlaubsanspruch besteht allerdings in Deutschland nicht. Der Urlaubsanspruch kann daher nur aus dem Arbeitsvertrag, meist aus dem Tarifvertrag entnommen werden. Er besteht nach einer bekannten Formel des Reichsarbeitsgerichts aus Freizeit plus Lohn. Seine Abgeltung ist nur durch ausdrücklichen Verzicht des Arbeitnehmers möglich und kann daher niemals vom Arbeitgeber erzwungen werden. Schließlich dürfte gerade in Anbetracht der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit der Verzicht auf Urlaubsfreiheit mit Entscheidung zu bekämpfen sein, da sonst unter Umständen ein Teil unserer Arbeitslosen noch um einige Aushilfsbeschäftigung gebracht wird.

Sofern also bei einer tariflich festgesetzten Beschäftigungsdauer ein Anspruch auf Urlaub besteht, muß dem Arbeitnehmer die entsprechende Freizeit bei Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. Der Urlaubstermin ist mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren; er richtet sich nach den Betriebsverhältnissen. Ein willkürliches Fernbleiben von der Arbeit zum Zwecke des Urlaubsantritts ist rechtlich unzulässig. Unsicher ist noch die Rechtslage in Fällen, bei welchen der Urlaub infolge Kranksein nicht angetreten werden kann. Hierüber liegen nämlich zwei sich widersprechende Reichsarbeitsgerichtsentscheidungen vor. Die jüngere von diesen ist freilich bedeutungsvoller. In ihr wird ein Entschädigungsanspruch wegen entgangenen Urlaubs infolge Krankheit abgelehnt. Im Sinne der nun einmal geltenden Reichsarbeitsgerichtsentscheidung entfällt auch ein Ersatzanspruch der Hinterbliebenen eines vor dem Urlaubsantritt verstorbenen Arbeitnehmers. Die Arbeitsgerichte selbst werden aber nach wie vor jeden einzelnen Fall eingehend zu prüfen haben. So wird vielfach den Urteilen von Landesarbeitsgerichten, die sich auf die erwähnte Reichsarbeitsgerichtsentscheidung stützen, dennoch ein Recht der Revision beim Reichsarbeitsgericht zuerkannt. In der Tat fällt dem Arbeitgeber bei Ablehnung des Ersatzanspruches für entgangenen Urlaub infolge Krankheit ein unverdienter materieller Vorteil zu. Denn der Urlaubsanspruch war von dem Arbeitnehmer infolge seiner Beschäftigungsdauer ein wohlverwobenes Recht geworden.

Da es an einer allgemeingültigen gesetzlichen Regelung der Urlaubsfrage mangelt, so bleibt es auch hier den tariflichen Abmachungen vorbehalten, solche Streitfragen möglichst durch entsprechend klare Urlaubsbestimmungen in den Tarifverträgen auszuschalten. Es wäre allerdings zu wünschen, wenn auch in Deutschland, wie in Österreich und zahlreichen anderen Ländern, der Urlaubsanspruch allgemeines Gesetz würde. Jedenfalls gehen die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamts darauf hinaus, daß gesetzlich der Urlaubsanspruch durch die Aufstellung einheitlicher Grundsätze in allen Ländern gefördert werden soll. Eine der nächsten internationalen Arbeitskonferenzen wird sich damit beschäftigen.

Georg Raible.

Beitragspflicht des Lehrlings in der Sozialversicherung

Der in Nr. 21 der „Graphischen Presse“ erscheinende Artikel über „Die Beitragspflicht des Lehrlings in der Sozialversicherung“ bedarf der Berichtigung. Die Ausführungen über die Invalidenversicherung beruhen auf dem Gesetz vom 28. Juli 1925, in dem es heißt:

„Für Versicherte, deren wöchentliches Entgelt 6 RM. nicht übersteigt sowie für Lehrlinge, entrichtet der Arbeitgeber die vollen Beiträge.“ Diese im Juli 1925 neu geschaffene Bestimmung ist jedoch bereits ein Jahr später, nämlich im Juni 1926, geändert worden, und zwar in der Weise, daß die Worte: „sowie für Lehrlinge“ gestrichen wurden (Ges. vom 25. 6. 1926 Reichsgesetzblatt I, S. 311). Das Gesetz lautet also jetzt:

„Für Versicherte, deren wöchentliches Entgelt 6 RM. nicht übersteigt, entrichtet der Arbeitgeber die vollen Beiträge.“

Da nun Lehrlinge mit einem Kostgeld von weniger als 6,— RM. im allgemeinen nicht versicherungspflichtig sind (vgl. die Ausführungen in Nr. 21 der „Gr. Pr.“), kommt die jetzige Regelung praktisch darauf hinaus, daß die Beiträge für die Invalidenversicherung für Lehrlinge je zur Hälfte vom Lehrherrn und vom Lehrling zu tragen sind. P.

VERBAND UND BERUF

Vom tieferen Sinn des Gewerkschaftsgedankens

Es ist selbstverständlich, daß eine gewerkschaftliche Organisation stets darauf bedacht sein muß, die Löhne und die gesamten Einkommensverhältnisse ihrer Mitglieder zu verbessern. Auch um die Arbeitszeit und andere Arbeitsbedingungen müssen sich die Gewerkschaften fortgesetzt kümmern. Sie müssen in jeder Weise darüber wachen, daß die sozialen Gesetze geachtet und erfüllt werden. Und sie müssen für den weiteren Ausbau dieser Gesetze wirken. Auch der Gedanke der wirtschaftlichen Selbsthilfe darf von den Gewerkschaften nicht vernachlässigt werden. Das alles und noch so manches mehr, ist sehr bedeutungsvoll für das gewerkschaftliche Leben. Aber nicht minder bedeutungsvoll ist es auch, den Gewerkschaftsgedanken an sich zu pflegen. Er ist es schließlich, der dem Gewerkschaftskörper Leben und Kraft geben muß. Und davon hängen doch zumeist alle anderen Erfolge ab. Eine Gewerkschaft wird auf allen sozialen Gebieten um so mehr für ihre Mitglieder erreichen, je kraftvoller ihr geistig-seelisches Leben ist, je mehr das einzelne Mitglied Sinn und Wesen der gewerkschaftlichen Selbstbehauptungs- und Entwicklungsbestrebungen versteht und innerlich miterlebt. Der gewerkschaftliche Wille lebt nicht allein davon, naheliegende Erfolge auf den praktischen Gebieten des Berufslebens zu erringen. Er braucht, wenn er stark bleiben soll, auch geistige Erfolge. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der wirtschaftlich Abhängigen muß sich immer mehr ausbreiten und vertiefen. Und die gewerkschaftlich Vereinten müssen über das Naheliegende hinaus in eine fernere Zukunft schauen. Sie müssen sich ein sozialeres Lebens- und Gesellschaftsbild vorstellen, als es heute besteht und unter den herrschenden Verhältnissen möglich ist. Der Glaube an die Entwicklung, an eine Entwicklung zum Besseren, Schöneren und Gerechteren ist der tiefste und wertvollste Inhalt des Gewerkschaftsgedankens.

Ein Gewerkschafter muß stets vorausschauen, stets das Vollkommene an die Stelle des Mangelhaften und Fehlerhaften setzen wollen; er muß stets kämpfen wollen für Gerechtigkeit, Wahrfähigkeit und Moral. Jeder an seinem Platz, wenn es sich um die kleinen Alltagsfragen handelt und alles vereint, wenn Größeres, Grundsätzliches auf dem Spiele steht. Wenn der einzelne Gewerkschafter darüber wacht, daß in seiner näheren Umgebung der soziale Gedanke anerkannt und daß die erkämpften Rechte der wirtschaftlich Abhängigen beachtet werden, dann leistet er eine sehr wichtige gewerkschaftliche Kleinarbeit. Und wenn im einzelnen Falle nur für das eigene, naheliegende Wohl und Recht eingetreten wird, so ist das doch zugleich ein Kampf für ein gewerkschaftliches Ganzes.

Wir leben im Zeitalter des Kapitalismus. Und es ist nicht zu ändern, daß der Geist dieses Zeitalters, der der Geist der Selbstsucht, Gewinnsucht und Machtgier ist, allen Lebenden seinen Stempel aufdrückt. Auch auf die gewerkschaftliche Organisierten färbt der kapitalistische Gedanke ab. Er füllt ja fast ausschließlich das gesamte moderne Leben aus, und die Lebenseinrichtungen sind nach privatkapitalistischen Grundgedanken geformt. Es muß mit ihnen gerechnet und gearbeitet werden. Es ist ein billiger Vorwurf, den man oft hören kann: die Verfechter gemeinsinniger und freiheitlicher Gedanken und Ziele handeln selbst kapitalistisch-individualistisch, persönlich selbstsüchtig und gewinn- und machtsüchtig. Das ist in unserer Zeit ja auch gar nicht anders möglich. Sogar das Wirtschaftsrecht zwingt Andersdenkende oft, höhere Gewinne für erzeugte oder vermittelte Waren zu berechnen, als nötig ist.

Der kapitalistische Gedanke hat sich in den letzten Jahren immer inniger mit dem Korporativgedanken verbunden und dadurch seine Macht ganz gewaltig erhöht. Der heutige Hochkapitalismus ist auf dem Wege, den Individualismus auszurotten, obgleich er fortgesetzt noch heuchlerisch der arglosen, vertrauensseligen Öffentlichkeit ein individualistisches Gesicht zeigt. Gerade über diese neueste Entwicklung müssen die Gewerkschaften ihre Mitglieder und, soweit wie möglich, auch die Öffentlichkeit aufklären. Das kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ist mit der Zeit immer unwahrfähiger, gewalttätiger und unmoralischer geworden. Darüber täuschen oft die entstandenen sozialen Gesetze und Einrichtungen, die die letzten Jahre gebracht haben, hinweg. Aber der gesamte soziale Fortschritt ist gegen den Willen des privatkapitalistischen Unternehmertums vor sich gegangen, nicht mit seinem Willen.

Auch auf die von den Gewerkschaften schwer erkämpften sozialen Einrichtungen und Rechte weist man in den Reihen der Unternehmer gerne selbstgefällig hin. Es ist dieselbe Unwahrhaftigkeit, wie mit dem Wirtschaftsindividualismus. Dieser wird vom Großkapital vernichtet, und der soziale Fortschritt wird auf jede Weise öffentlich

und mehr noch versteckt bekämpft. Das vor allem muß jeder Gewerkschafter wissen und dauernd weiter beobachten. Wer nicht das wirtschaftlich Fehlerhafte und sittlich Minderwertige des privatkapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftslebens sieht, kann auch nicht die ganze Bedeutung des Gewerkschaftsgedankens erkennen oder, richtiger vielleicht, fühlen. Es geht darum, den Geist zu ändern, der dem menschlichen Zusammenleben und Zusammenarbeiten Form und Inhalt gibt, der auch die letzte Ursache dafür ist, daß die Wirtschaftsarbeit längst nicht so fruchtbar ist, wie sie sein könnte, wenn statt Selbstsucht Gemeinsinn die Triebkraft alles Wollens und Tuns würde. A. S.

Gautreffen Rheinland-Westfalen (Jubiläumsfeier)

Sonntag, den 6. Juli 1930
in Burg a. d. Wupper
11,30 Uhr im Schloßhof



Festakt

mit Ehrung d. Verbandsjubilare

Vortragsfolge:

Freiheit durch Einigkeit / Duett (Strahl und Frau)
Sommernachtstraum (Geigensolo) / Prolog der Burgfrau
Festrede: Kollege Herbst / Jubilarehrung: Kollege
Bauknecht / Senefelderlied / Ab 2 Uhr nachmittags:
in Jagenberger-Bienenhalle künstler. Programm
Mitwirkende: Höhscheider Stadtkapelle, Schnitzler
& Everhards, Lohmeyer jr., Kapellmeister Henckels. Die
Kollegen Strahl mit Frau, Schlösser und Pfeil.

Kinderbelustigung / Tanz

Verbandstag des Niederländischen Lito-, Foto- und Chemigraphenbundes

Unsere holländischen Freunde hielten ihren diesjährigen Verbandstag in Troelstra-Oord ab. Auf dem Vrijenberg, wo im 15. Jahrhundert die holländische Freiheitsbewegung um Aufhebung der Leibeigenschaft tobte, hat man mitten im Walde dem großen Führer der Sozialdemokratie, dem vor kurzem verstorbenen Kämpfer Troelstra ein Denkmal eigener Art errichtet. Ein wunderbares Heim, dem Zwecke dienend, Gewerkschaften und Partei Gelegenheit zu geben, abgeschieden vom Strom des täglichen Hastens und Jagens, befähigte Mitglieder in mehrwöchentlichen Kursen zu bilden. Ein Ferienheim für erholungsbedürftige Mitglieder und deren Angehörige, zu billigen Tagespreisen. Im umliegenden Kiefernwald hat die holländische Gewerkschaftsjugend des Bauarbeiterbundes Ruheplätze mit selbstgefertigten Bänken ausgestattet. Fürwahr der Nachahmung wert. Dort in dieser Stille fand der Kongreß unserer Berufskollegen Hollands statt. Anwesend waren etwa 75 Delegierte, der Vorsitzende und der Sekretär des holländischen Gewerkschaftsbundes. Als Gäste waren erschienen Vertreter der deutschen und der belgischen Berufsorganisationen. Der Tagung lag ein gut übersichtlicher Bericht für die Zeit von 1927 bis 1929 vor, der durch die weitest-

gänzung fand. Die holländische Berufsorganisation hat einen starken Auftrieb zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl steigerte sich durch Mehrung der Produktionsstätten, das Verbandsvermögen stieg um rund 85000 Gulden, die Verbands-Einrichtungen weisen eine sichere Grundlage aus. Derzeit zählt der Bund 2499 Mitglieder, für welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch zwei auf je drei Jahre laufende Tarifverträge geregelt sind. Durch die Einführung der staatlichen Krankenversicherung konnte in der Gewerkschaft ein Abbau dieser Versicherungseinrichtung erfolgen. Es bleibt aber bestehen die Tuberkuloseversicherung. Interessant ist die Einführung einer Pensionskasse, zu welcher Arbeiter und Arbeitgeber zu gleichen Teilen die Beiträge zahlen. Die Gewerkschaftskasse hatte für Unterstützungszwecke nur geringe Ausgaben, denn das Gespenst der Arbeitslosigkeit macht an der Grenze halt.

In der Diskussion wurde sehr lebhaft Klage geführt über das Treiben von deutschen Kollegen, welche verabsäumen Auskunft einzuholen und meteorenhaft auftauchen als Schädlinge geordneter Verhältnisse. Es sind die gleichen Marodeure, die ja auch uns dauernd schädigen durch ihre unverantwortliche Haltung. Es ist durchaus verständlich, daß die Holländer Abwehrmaßnahmen ergreifen werden; darin finden sie unsere weitgehendste Unterstützung. Ein paar Hundert Kollegen arbeiten in Holland und sind gerne gesehen. Sie können verlangen, daß das Ansehen und die Kollegialität nicht erschüttert wird. Unsere Freunde denken nicht daran, sich etwa abzuschließen, aber sie müssen auf Ordnung den größten Wert legen, denn in ihr liegt die Stärke des ziffernmäßig kleinen Verbandes.

Der Verbandsleitung wurde durch einstimmige Wiederwahl der beste Dank zum Ausdruck gebracht. Der geistige Höhepunkt der Tagung wurde erreicht durch einen Vortrag mit weitestgehender Diskussion über „Die Aussichten der Fachbewegung“. Begrüßt wurde die Verlegung des internationalen Büros nach Amsterdam, wie ebenso auch die endliche Lösung des Offsetstreites zwischen den graphischen Verbänden. Man sprach die Hoffnung aus, daß es bald gelingen möge auch im Tiefdruck eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Betont wurde die Notwendigkeit einer stärkeren Bindung der beiden graphischen Internationalen. Der sozialdemokratischen Presse wird aus dem Verbandsvermögen ein Darlehen von 40000 Gulden gegeben durch entsprechende Wertanlage. Für einen Film, der auf die Bedeutung der graphischen Industrie hinweisen soll, werden 4000 Gulden bewilligt und dem Troelstraheim eine Schenkung von 1000 Gulden überwiesen.

Nach zweitägiger Dauer konnte der Kongreß am Sonntagabend mit dem Gelöbnis der Treue zum Verband und der Arbeiterbewegung, unter den Klängen der Internationale, geschlossen werden. R.

1. Ostdeutsche Reklameschau Königsberg i. Pr.

Anläßlich der Hauptversammlung der Deutschen Reklamefachleute in Königsberg veranstaltet die Königsberger Ortsgruppe dieses Verbandes in Verbindung mit dem Meßamt vom 17. bis 31. August die „1. Ostdeutsche Reklameschau“. Sie fällt zeitlich also mit der Tagung des Reklameverbandes und mit der Jubiläumsmesse der Deutschen Ostmesse zusammen.

Die künstlerische Leitung der Ausstellung ist einem Arbeitsausschuß, der sich aus einem Architekten und zwei Gebrauchsgraphikern zusammensetzt, übertragen worden. Dieser wird für die Ausstellung einen einheitlichen künstlerischen Rahmen schaffen. Als die wichtigsten Ausstellungsgruppen nennen wir die Presse, insbesondere die ostdeutsche, das graphische Gewerbe, welches Werbeträgerschaft schafft, und die vielgestaltige Reklameindustrie. Dabei werden alle bewährten Werbemittel und alle neuzeitlichen Mittel der Reklame berücksichtigt. Selbstverständlich wird auch die Film- und Lichtreklame ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt werden. Eine Schaufensterstraße wird die Werbewirkung des Lichtes und die Kunst der Ausstattung zeigen. Die Verkehrsreklame wird in eindringlicher Form auf das schöne Ostpreußen hinweisen. Der Städte-Reklamekonzern führt in einer Sonderausstellung „Das internationale Plakat“ die wirkungsvollsten Stücke aus der internationalen Plakatausstellung in München sowie beachtliche Neuerscheinungen vor.

Die ORS verspricht aus all diesen Gründen ein großes Ereignis zu werden. Es kommen ihr nicht nur die zahlreichen Geschäftseinkäufer der Ostmesse als Besucher zugute, sondern zugleich auch die Reklamefachleute aus dem Deutschen Reich. Ferner werden für noch zu ermittelnde Interessentengruppen täglich Sonderführungen veranstaltet werden.

Die Internationale Hygieneausstellung in Dresden

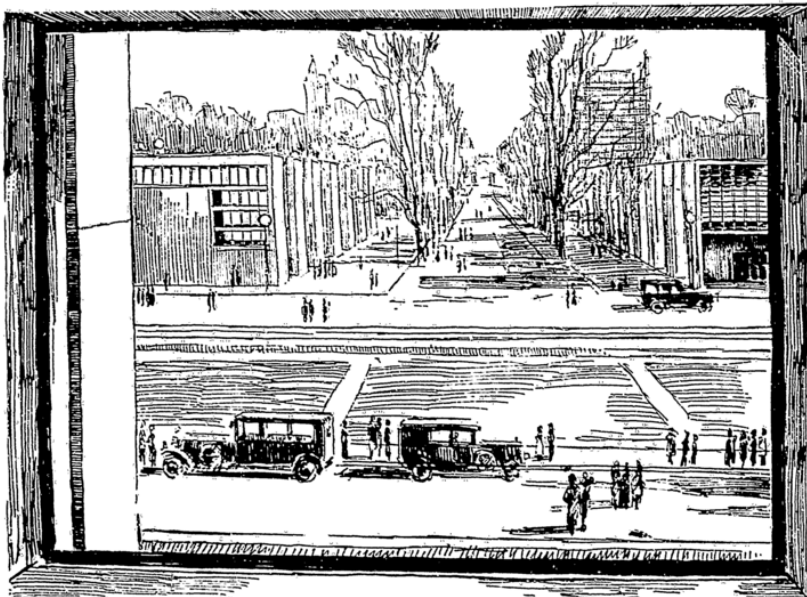
Den Leuten, die den Entschluß faßten, anläßlich der Eröffnung des Deutschen Hygienemuseums eine Internationale Hygieneausstellung zu veranstalten, mag manchmal während der Vorarbeiten mehr als ängstlich zumute geworden sein ob der Kühnheit ihres Entschlusses. Denn es erscheint im ersten Augenblick überhaupt unmöglich, eine Hygieneausstellung zu schaffen; ausstellen kann man Dinge, Gegenstände;

Ideen kann man aber nur vortragen und verfechten. Zur Not läßt sich auch noch zeigen, wie sie sich in die Praxis umgesetzt ausnehmen. So ist es denn auch kein Wunder, daß die Internationale Hygieneausstellung Dresden 1930, wie sie heute dem Besucher sich zeigt, mehr eine Veranstaltung zur hygienischen Volksbelehrung ist als eine Ausstellung im eigentlichen Sinne des Wortes. Ausstellung ist alles das, was bei der Dresdener Veranstaltung messeartigen Charakter trägt, also die eigentliche Industrieausstellung, während die wissenschaftlichen Gruppen — bitte, nicht erschrecken: sie sind durchaus volkstümlich gehalten! — lediglich die Aufgabe haben: hygienische Volksbelehrung zu treiben. Insofern ist die Gesamtveranstaltung eigentlich nur ein vergrößertes Hygienemuseum. Dabei wirkt die Masse des Gebotenen insofern etwas bedrückend, als es dem Besucher unmöglich wird, die gesamte Ausstellung mit Genuß an einem Tage zu besuchen.

Vielleicht wäre etwas Beschränkung hier mehr gewesen. Aber der Zweck der Ausstellung, ihr Ziel und ihr Wollen sind ein so wertvolles, daß die Kritik sich in dieser Hinsicht freiwillig einige Zurückhaltung auferlegt. Halten wir uns also in diesem Punkte zurück, so können wir nicht umhin, gleich hier einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen, die vielleicht geeignet sind, den Veranstaltern der Ausstellung für spätere Gelegenheiten sozusagen einen Tip zu geben. Wer die Ausstellung aufmerksam und kritisch besichtigt — und das sollte jeder Besucher tun —, der wird nach sehr kurzer Zeit mit einigem Befremden feststellen, daß die Ausstellung trotz der kräftigen Worte, die die einzelnen Gruppen an ihn richten, innerlich kühl läßt „bis ans Herz hinan“. Die Ausstellung spricht wohl zum Verstande, aber sie rührt nicht so stark an unser Gefühl wie das wünschenswert, ja gerade hier nötig wäre. Woran liegt das? Im ersten Augenblick ist man geneigt, diese Kühle zu verstehen aus dem wissenschaftlichen Ernst heraus, mit dem die Leiter der verschiedenen Abteilungen an ihre Aufgaben gingen; vielleicht sie zu vergleichen mit jener inneren Kühle, mit der der Arzt der Krankheit eines ihm völlig unbekanntem Menschen gegenübersteht, jener Arzt, der zwar hilft, aber mehr auch nicht tut; aber dann dämmert es uns doch bald, warum wir, warum die meisten Besucher kalt bleiben müssen. Weil die Ausstellung es nicht verstanden hat, unsere Herzen zu packen durch die Darstellung der Not unserer Zeit. Weil die Ausstellung es nicht versteht, unsere Gewissen aufzuputschen, unsere Gefühle für ihre Sache zu erwärmen. Das ist der große Fehler dieser Ausstellung, daß sie eine Revue bietet, wo ein Drama hätte die Gemüter aufrütteln müssen. Man wird das — für die Ausstellungsleitung — peinliche Empfinden nicht los: warum zeigt man all jenen Leuten, die satt und vernügt durch das Ausstellungsgelände schlendern, nur wie es sein sollte in Wohnung, Kleidung, Arbeit, Ernährung usw., warum zeigt man denn nicht, wie es ist? Mit ganz wenigen Ausnahmen, die sich an den Fingern herzählen lassen, vermeidet man es, der Not ins Auge zu blicken; die Herren wenden sich ab und sagen uns nur: so müßte es sein. Und weil man so arbeitet, darum bleibt man kühl, darum prägen sich die Lehren und guten Ratschläge nur unseren Hirnen ein. Nein, wir müssen doch weiterkommen! Und darum hätte eine aufwühlende Wirkung von der Ausstellung ausgehen müssen. Aber da versagt sie, will wohl sogar bewußt versagen. Wie viel mehr hätte man erreichen können mit dieser internationalen Ausstellung, wenn man die deutsche Not und vor allem die Not des deutschen Proletariats der Welt vor Augen geführt hätte. Welche tiefgehenden Wirkungen hätte man erzielt, wenn man das Wohnungselend besser als in einem Modell und einigen Bildern gezeigt hätte! Aber die Ausstellung geht an die Dinge mit Sammetpfötchen heran und die Folge ist: sie läßt uns kalt.

Und noch eines fällt auf: Nirgendwo in der Ausstellung kommt klar zum Ausdruck, wo eigentlich die Männer und Frauen zu suchen sind, die die großen sozialhygienischen Fortschritte erzwungen haben, die wir in Deutschland in den letzten 25 Jahren unzweifelhaft zu verzeichnen haben. Warum wird nicht klar zum Ausdruck gebracht, daß es die Gewerkschaften mit Unterstüt-

gestellt, daß die Gruppe der wichtigsten Erscheinung unserer Tage Rechnung trägt: der Rationalisierung. Während noch bis vor ganz kurzer Zeit in erster Linie gekämpft werden mußte gegen die Berufsgefahren und Berufskrankheiten durch die bei der Arbeit gebrauchten Gifte, muß sich heute die Aufmerksamkeit aller an den Fragen der Arbeitshygiene interessierten Kreise den Gefahren zuwenden, die aus der Rationalisierung entstehen und bereits entstanden sind: vermehrte und beschleunigte Nervenarbeit. Die Steigerung des Arbeitstempes teils durch die Maschine erzwungen. teils durch viel zu niedrige Akkordlöhne hervorgerufen, hat schwerste Gesundheitsschädigungen bei der Arbeitshygiene hervorgerufen, denen man erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken haben wird. Hier zeigt die Ausstellung schon einige Mittel und Wege, um einen Ausgleich zu erzielen. Vor allem aber zeigt uns die Ausstellung, daß noch sehr viel zu tun übrig bleibt, um die Arbeitsbedingungen zu ändern. Gerade hier wird die Arbeit der Gewerkschaften einhaken können, wenn sie die Unterstützung aller Arbeiter im Berufe findet. Dazu gehört allerdings Aktivität. Wer beiseite steht und nur die Vorteile nützen will, die seine Kollegen ihm erkämpfen, der verdient es nicht, bessere Arbeitsbedingungen als jetzt zu erhalten.



Blick aus einem Fenster der Wandelhalle des Deutschen Hygienemuseums in Dresden.

zung einiger einsichtsvoller Ärzte waren, die alle Gesetze sozialhygienischen Inhalts dem Parlament abgezwungen haben gegen den Widerstand großer und mächtiger, vor allem kapitalkräftiger Interessentengruppen? Bei einem Besuch der Hygieneausstellung finden wir darüber so gut wie nichts. Mit um so größerem Recht können die Gewerkschaften für sich in Anspruch nehmen, als Träger aller modernen sozialhygienischen Ideen angesehen zu werden und zwar schon zu Zeiten, als man an Hygieneausstellungen noch nicht entfernt dachte.

Diese kritischen Bemerkungen mußten diesem Bericht vorangestellt werden, denn ohne sie könnte geschlossen werden, wir hätten lediglich die Ausstellung besichtigt, aber diesen Bericht ohne weiteres Nachdenken über Sinn und Zweck der Veranstaltung erstattet. Im Gegenteil: wir stehen der Ausstellung sehr kritisch gegenüber, ohne zu verkennen, daß sie eine große und dankbare Aufgabe zu erfüllen hat und hoffentlich auch erfüllen wird. Denn schließlich kommt es ja vor allem auf die Auswirkung an — und sie wird trotz der oben geschilderten Schwächen hoffentlich eine solche sein, daß die Fragen der Volksgesundheit nicht mehr als Privileg einer kleinen Schicht von Wissenschaftlern betrachtet werden, sondern als eine der wichtigsten Aufgaben vor allem des aktiven Teils der Arbeiterschaft, nämlich der gewerkschaftlich organisierten.

Wir hatten schon eingangs angedeutet, daß die Ausstellung eine derartige Fülle des Sehenswerten biete, daß es unmöglich ist, sie an einem Tage ohne Überanstrengung zu besichtigen. Es ist genau so unmöglich, über sie in einem Bericht alles zu sagen. Wir legen uns deshalb auch in dieser Hinsicht einige Beschränkung auf und berichten hier nur über jene Teile der Ausstellung, die die Leser unserer „Gr. Pr.“ besonders angehen. Das sind vor allem jene Gruppen, die Fragen der Arbeits- und Gewerbehygiene betreffen.

Ausstellungen über Arbeits- und Gewerbehygiene sind an sich nichts neues. Wir haben ihrer schon verschiedene gesehen, ohne besonders starke Eindrücke erhalten zu haben. Wenn wir auf der Internationalen Hygieneausstellung von der Gruppe Arbeits- und Gewerbehygiene einen besseren Eindruck erhalten, so liegt das daran, daß die Veranstalter (Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt am Main und Deutsches Hygienemuseum, Dresden) sich bemüht haben, von den üblichen ausgetretenen Ausstellungspfaden sich abzuwenden und neue Wege einzuschlagen. Teilweise ist ihnen das auch geglückt, wenngleich natürlich nicht alles als vollkommen bezeichnet werden kann. Aber allein schon die Tatsache, daß ein Rundgang den Besucher zwingt, den größeren Teil dieser Ausstellung zu sehen, ist größerwertig. Als völlig verfehlt müssen wir dagegen die angegliederte Industriemesse ansehen, die z. T. mit den behandelten Fragen gar nichts zu tun hat. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, sei vor allem fest-

beitshygiene steht die Ausstellung der Versicherungsträger, also der Sozialversicherung. Leider ist diese Gruppe räumlich sehr weit von der Arbeitshygiene untergebracht worden, was uns als falsch erscheint. In dieser Ausstellung sind vertreten: das Reichversicherungsamt in Berlin, der Hauptverband Deutscher Krankenkassen, der die Leistungen der deutschen Krankenversicherung zeigt, die Invalidenversicherung, die ihren Aufgabenkreis darstellt, zeigt, wie sich die Versicherer gliedern nach Beruf, Geschlecht und Lohnklassen, welche Leistungen sie vollzieht und dergleichen mehr, und außerdem noch die Reichsversicherung für Angestellte. Es ist wertvoll, daß die so viel und oft befahdeten Einrichtungen der Sozialversicherung einmal Gelegenheit haben, in aller Öffentlichkeit zu zeigen, welche außerordentliche Bedeutung ihnen zukommt. Die Arbeitnehmer haben alle Veranlassung, diese Einrichtungen vor unberechtigten Angriffen zu verteidigen und ihren weiteren Ausbau zu fördern.

Ganz besondere Aufmerksamkeit verdient im Rahmen der Ausstellung die Gruppe Wohnung und Siedlung. Wenn hierbei auch in mancherlei Hinsicht daneben gegriffen wurde, so ist das, was gezeigt wird, dennoch so lehrreich, daß man über die Fehler, auf die jedoch hier eingegangen werden soll, hinwegsehen kann. Wir bemängelten schon eingangs dieses Berichtes, daß die Wohnungsnot, unter der wir in Deutschland immer noch schwer leiden, nicht so dargestellt worden sei, wie das im Interesse der Sache nötig gewesen wäre. Die Darstellung: Wie wohnen wir heute in Deutschland? ist gewiß sehr eindringlich, aber besser spricht die aufgebaute Musterwohnung, mehr sagen die wenigen Photos von Elendwohnungen. Immerhin: wir erhalten Unterlagen über die Wohndichte, die Belegungsgrade der Wohnungen, die Wohnungsüberfüllung usw. Selbstverständlich mußten bei der Behandlung dieses Themas vor allem wohnungshygienische Fragen berücksichtigt werden. Neben die Fachwelt im besonderen angehenden Dingen finden sich aber auch Darstellungen der allgemeinen Forderungen für hygienisches Wohnen. Hier finden sich auch Abhandlungen über die richtige Beleuchtung der Wohnungen und des Arbeitsplatzes, worüber sich auch die Gruppe Arbeitshygiene ausläßt.

Örtlich wiederum getrennt von dieser Gruppe ist eine Mustersiedlung aufgebaut worden, an der sich unter anderen die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen, Berlin, beteiligte. Wir finden da vor allem Einfamilienhäuser. Hier aber ein paar Worte im voraus. Diese Mustersiedlung ist unseres Erachtens nach verfehlten Grundsätzen errichtet worden. Vor allem ist gerade die Frage der Wirtschaftlichkeit ganz unberücksichtigt geblieben. Man hat sich lediglich von hygienischen Grundsätzen leiten lassen. Das ist an sich ganz gut und schön, aber besser wäre es doch gewesen, man hätte den beiden Gesichtspunkten Wirtschaftlichkeit und Hygiene mehr Rechnung getra-

gen. Vielleicht wäre das Ergebnis ein anderes geworden; aber der breiten Masse des Publikums und vor allem der Arbeiterschaft wäre besser damit gedient gewesen. Denn jetzt gleichen die Bauten mehr Wochenendhäusern reicher Leute als Bauten, die als Dauerwohnungen für Arbeiter dienen sollen, die am Rande der Großstadt wohnen wollen, um dem Elend der Mietskasernen zu entziehen.

Da ist von der Bauhütte Dresden ein Haus für eine kinderreiche Familie errichtet worden. Gewiß: Räumausnutzung bis ins äußerste, aber vielleicht gerade dadurch ganz bestimmt zu teuer, zumindest für einen proletarischen Familienvater mit 6 Kindern unerschwinglich. Ähnlich steht es mit dem Haus für einen Lungenkranken. Alles gut und schön, aber nur erschwinglich für sehr reiche Lungenkranke. Der tuberkulöse Arbeiter wird, auch wenn er unheilbar ist, immer noch besser in der Heilanstalt aufgehoben sein, da er sich ein solches Heim doch nicht erlauben kann. Zweckmäßiger ist schon das Haus für einen Kriegsbeschädigten, einen Beinverletzten. Der Entwurf stellt eine befriedigende Lösung dar. Neu und originell ist das Haus Südlichung, das als Reihenhäuser gedacht ist.

Es hilft nichts: einstweilen ist der Siedlungsbau immer nur die Ideallösung. Unter den gegenwärtigen Umständen werden wir nicht darum kommen, noch jahrelang Geschoßwohnungen zu bauen. Da ist es außerordentlich begrüßenswert, daß eine Ausstellungshalle mit Geschoßwohnungen geschaffen wurde. Darin werden gezeigt: Wohnfläche für kinderlose Ehepaare, die wirtschaftlich erschwinglich sind für Arbeiter und Angestellte und doch den Mindestforderungen an Hygiene entsprechen.

Eine Bemerkung aber können wir uns hier doch nicht versagen: das ist die Innenarchitektur der Wohnräume. Warum in aller Welt mußte man sie so luxuriös ausstatten? Welcher Arbeiter kann sich Möbel bei den „Deutschen Werkstätten“ kaufen. Gewiß: man kann sich auf den Standpunkt stellen, wir wollen Anregung geben. Warum dann aber nicht gleich zweckmäßige und billige Ausstattung?!

Wenn wir eingangs sagten, es sei unmöglich, in einem Bericht ein vollständiges Bild der Ausstellung zu geben, so müssen wir uns für den Rest der Darbietungen auf eine einfache Aufzählung beschränken. Beachtung bei der Mehrzahl der Besucher wird das Krankenhaus finden, das man mit dem angenehmen Gefühl besichtigen kann, daß man es hoffentlich nie nötig hat, ein solches aufzusuchen. Im übrigen aber ist es ein Musterbau, dessen Einrichtung vorbildlich ist. In der Gruppe Leibesübungen wird sich besonders die Jugend einfinden, die für sportliche und turnerische Betätigung erfreulicherweise mehr Zeit hat als sie den Alternen zur Verfügung stand. Hoffentlich dankt sie es den Gewerkschaften! Die Allgemeine Körperpflege bringt unter anderen auch interessante kulturhistorische Darbietungen. Für die Gruppen: Das Kind und die Frau in Familie und Beruf, werden sich besonders unsere Frauen interessieren, aber auch den Männern kann es nichts schaden, wenn sie einmal sehen, welche Lasten auf der erwerbstätigen Frau und Mutter ruhen. Im übrigen scheinen uns diese beiden Gruppen am besten gelungen zu sein in ausstellungstechnischer Hinsicht. Gerade im heutigen Zeitalter der Nervosität, in der das Arbeitstempo und die Hetzjagd großstädtischen Lebens die Nerven zerrüttet, wird die Gruppe: „Gesundes Seelenleben“ Beachtung finden. Nicht minder lehrreich ist die Ausstellungsgruppe: „Lebensmittel“, die den Hausfrauen zahlreiche Tipps zu billiger und zweckmäßiger Ernährung gibt. Sehr reichhaltig ist die angeschlossene Industrieausstellung. Das Kapitel Kleidung wird ebenfalls vom hygienischen Gesichtspunkt abgehandelt; auch hier angeschlossene eine Industrieausstellung, der die Frauen wohl Beachtung schenken werden. Freunde der Landwirtschaft finden ein ganzes Mustergehöft mit lebendem Vieh, vorbildlichen Stallungen usw.

Kernpunkt der ganzen Ausstellung ist aber die kulturhistorische Schau der Reichsregierung. Sie soll Rechenschaft geben über 100 Jahre sozialhygienische Gesetzgebung. Sie ist zugleich ein Beweis für die Energie, mit der sich die Gewerkschaften für die Einführung sozialhygienischer Maßnahmen einsetzen. Denn erst mit dem Erstarren der Gewerkschaftsbewegung wird das Tempo der Gesetzgebung schneller. Auch die Länder und die Städte sind vertreten, in deren Ausstellungen sich ebenfalls der Einfluß starker Gewerkschaften widerspiegelt.

Die Internationalität der Ausstellung ist gewahrt durch 19 ausländische Staaten, darunter auch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, die die Gelegenheit großzügige Propaganda zu machen nicht vorübergehen lassen wollten, und durch 7 internationale Organisationen, darunter das Internationale Arbeitsamt in Genf. Es wird dort der Aufbau der Internationalen Arbeitsorganisation veranschaulicht und gezeigt, welche Staaten die verschiedenen internationalen Über-einkommen (Achtstundentag usw.) bereits ratifiziert haben. Auch die beiden Abteilungen für Sozialversicherung und Arbeitshygiene beim Internationalen Arbeitsamt erstatten Bericht über ihre Tätigkeit.

Auf die Ausstellung im Deutschen Hygiene-Museum sind wir hier nicht eingegangen, weil es ja eine Dauereinrichtung ist, über die zu berichten vielleicht im Winter noch Gelegenheit ist.

Muß man hinzufügen, daß selbstverständlich auch zu angenehmer Unterhaltung Gelegenheit genug geboten ist?

Fassen wir das Urteil zusammen, so müssen wir feststellen: die Internationale Hygieneausstellung Dresden 1930 bringt trotz zahlreicher Mängel und Unterlassungen dennoch eine derartige Fülle von Anregungen und wertvollen Hinweisen, daß der Menschheit mit ihr große Dienste geleistet werden. Sie zeigt aber auch, daß es noch vieler und schwerer Arbeit bedarf, um dem Zustand näher zu kommen, der ohne Schwierigkeiten erreicht werden kann: daß der arbeitende Mensch unter den bestmöglichen Bedingungen arbeitet und lebt. Das ist keine Utopie, keine unsinnige Forderung. Es ist das Ziel, das sich die Gewerkschaften gesetzt haben und das sie erreichen werden, wenn die Arbeiterschaft geschlossen hinter ihnen steht. Insofern begrüßen wir die Dresdener Ausstellung als Wegweiser.

Erwin Petzall (Dresden).

Rundschau

Ein Aufbauprogramm für die deutsche Wirtschaft

Es fehlt jetzt nicht an Vorschlägen, auf welche Art und Weise der Wirtschaft geholfen werden kann. Meistens werden sie in den Wind gesprochen, weil diejenigen Kreise, die sie auszuführen haben, viel zu sehr an dem Althergebrachten hängen und sich nicht stark genug fühlen, durchgreifende Reformen in Angriff zu nehmen. Der bekannte Wirtschaftspolitiker Prof. Dr. Julius Hirsch wendet sich in einem Artikel des „B. T.“ Nr. 261 energisch gegen den Wirtschaftsfatalismus. Er empfiehlt dort Herabsetzung der Warenlöhne, die er auf rund 30 Milliarden Mark schätzt. Dadurch würde eine Freisetzung von Kapital herbeigeführt, die man auf rund 3 Milliarden schätzt. Eine planmäßige Verkleinerung der Warenlöhne setzt Kapital frei und schafft damit neue Arbeitsmöglichkeiten, billigere Preise, erhöhte Verbrauchsmöglichkeit. Zur Linderung der Arbeitsnot und der Wirtschaftskrise schlägt Hirsch Maßnahmen vor, die er wie folgt zusammenfaßt:

1. Die schnelle Belegung des Baumarktes ist möglich durch: a) sofortige Freistellung der dem Baumarkt für Neuanlagen dienenden Wertpapiere von der Kapitalertragssteuer. Diskontsenkung allein hilft diesmal nicht. Die schwere Vertrauenskrise kann nur durch stärksten Anreiz überwunden werden. b) Wiederzuführung der durch die „Umschuldung“ bei den Gemeinden freierwerdenden Mittel an den Baumarkt; Abstoppen der Diskreditierung unserer Gemeindevirtschaft, von der in der Arbeitsnot alle wirksame Hilfe verlangen. c) Verlegung der Etatstermine vom 1. April auf den 1. Januar.

2. Kapitalbildung und Kapitalzufuhr sind wichtig; doch kann die erste nur allmählich, die zweite schwerlich überhaupt schnell gesteigert werden. Deshalb wird für Deutschlands schnelles Wiederaufkommen die Kapitalfreisetzung entscheidend wichtig. Diese ist sehr weitgehend möglich durch: a) Verkleinerung der viel zu großen Warenlöhne. Vorschlag: In „Nationalen Kapitalfreisetzungswochen“ wird die Lagerverkleinerung durchgeführt, unter grundlegender Veränderung der Lieferbedingungen durchgehalten; b) durch Abbau von Betrieben in überetzten Gewerbezweigen.

3. Beseitigung kostspieligen Leerlaufs in der Wirtschaft durch: a) ein Fünfjahrprogramm der gesamten öffentlichen Bauwirtschaft; b) planmäßige Verlegung der Zahlungstermine über die ganze Woche, den ganzen Monat.

4. Durchdringen der Rohstoffbaisse in den Preis der fertigen Ware, allgemeine Senkung der Verbandspreise!

5. Abbau des deutschen Wirtschaftspessimismus und -fatalismus.

Minister Hirtsiefer über die Wohnungszwangswirtschaft

Auf einer Tagung des Hauptverbandes der Bau-genossenschaften sprach der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer über die Zukunft der Wohnungszwangswirtschaft. Der Minister ist der Meinung, daß die völlige Beseitigung von Wohnungszwangswirtschaft und Mieterschutz erst erfolgen kann, wenn wir wieder einen Wohnungsmarkt haben und die Mieten der Alt- und Neubauwohnungen miteinander im Einklang und in ein gesundes Verhältnis zum Einkommen der breiten Massen gebracht werden können. Aber auch bei völliger Beseitigung der Zwangswirtschaft wird ein schrankenloses Kündigungsrecht des Vermieters nicht mehr angängig sein. An Stelle der Zwangswirtschaft muß dann ein soziales Mietsrecht treten, bei dem ohne triftige Gründe die Miete nicht gesteigert werden kann. Von 1924 bis 1929 ist ein Reichszugang von rund 1,4 Millionen Wohnungen zu verzeichnen. Preußen hat in dieser Zeit 816 000 Wohnungen erbaut und 2,8 Milliarden Mark Hauszinssteuermittel dem Baumarkt zugeführt. Insgesamt wurden in Deutschland von 1924 bis 1926 11–12 Milliarden für Wohnungsbauzwecke ausgegeben. Der 8. Teil der Bevölkerung Deutschlands lebt vom Wohnungsbau. Im Frühjahr 1930 bestand noch ein Bedarf von mindestens 400 000 Wohnungen. Mit einer Beseitigung des Wohnungsmangels ist nach Meinung des Ministers erst zwischen 1935 und 1940 zu rechnen. Bis dahin bilden die Erträge der Hauszinssteuer das Rückgrat der Wohnungsbaufinanzierung. Wenn der Minister zum Schluß seiner Rede sagte: „Geben sie jedem Deutschen eine einwandfreie und gesunde Wohnung zu erschwinglichen Miets- und Zinssätzen!“, so muß er sich dessen bewußt sein, daß er am allermeisten zur Erreichung dieses Zieles beitragen kann.

Arbeitsunlust oder Berufsfreude?

Die heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie die Verhältnisse in den einzelnen Berufen und Betrieben haben nach verschiedenen Seiten hin Veranlassung gegeben zu Untersuchungen über die soziologischen Zusammenhänge, die zur Arbeitsunlust oder zur Berufsfreude führen. Besonders von bürgerlicher Seite sind derartige Untersuchungen angestellt worden, zum Teil auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ziel, unter allen Umständen den Arbeitsfrieden zu erhalten. Als Allheilmittel werden die Werks-gemeinschaften gepriesen, die in der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft keine Gegenliebe finden. In der modernen Arbeiterbewegung fehlten bisher derartige Untersuchungen, die von Arbeitern selbst vorgenommen wurden. Deshalb hat sich der Vorstand des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker entschlossen, einen literarischen Wettbewerb über das Thema „Arbeitsunlust oder Berufsfreude?“ auszuschreiben, dessen nähere Bedingungen im Juliheft der „Typographischen Mitteilungen“ veröffentlicht werden. Für diesen Wettbewerb sind 1000 Mark an Preisen sowie eine Reihe von Büchern der Büchergilde Gutenberg bereitgestellt worden. Mit Recht darf die gesamte Arbeiterschaft auf das Ergebnis dieses Preisausschreibens gespannt sein, wenigstens auch nur die Berufsverhältnisse der Buchdrucker in diesen Arbeiten untersucht werden. Diese Untersuchungen werden aber symptomatisch auch auf andere Berufe übertragen werden können, in denen gleichfalls das Problem „Arbeitsunlust oder Berufsfreude“ eine Rolle spielt.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Sie lügen wie die Teufel. / Wahlen in Sachsen. / Zur schulpolitischen Lage in Thüringen I.

Recht und Gesetz: Die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe, eine Pflicht des Betriebsrates. / Vom Urlaubsrecht. Beitragspflicht des Lehrlings in der Sozialversicherung.

Verband und Beruf: Vom tieferen Sinn des Gewerkschaftsgedankens. / Gautreffen Rheinland-Westfalen. / Verbandstag des Nederlandscher Lito-, Foto- und Chemigraphenbundes. / 1. Ostdeutsche Reklameschau Königsberg. Die Internationale Hygieneausstellung in Dresden. / Rundschau. / Anzeigen.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität
Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D R P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.
Karl Meß G.m.b.H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50
 Fernspr. Mor. 12295

Des Berechnungswesen des Steindrucks

von ALFRIED WECK

Preis inklusive Porto u. Nachnahme-spesen 1,90 RM.

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schickelditz-Lelpzig.

Achtung! Offenburg i. B.

Die Adresse des Vorsitzenden und Auskunftserteilers ab 1. Juni 1930 ist:

Karl Lang, Offenburg i. B., Friedrichstraße 16.